

Tschernobyl in Deutschland?

von Joachim Radkau

Radkau, 42, ist Professor für Neuere Geschichte mit besonderer Berücksichtigung der Technik-Geschichte an der Universität Bielefeld und Autor des Buches „Aufstieg und Krise der deutschen Atomwirtschaft 1945–1975“.

Die sowjetischen Kernkraftwerke sind sicher; also sind die bundesdeutschen Kernkraftwerke erst recht sicher – das war die Logik des CSU-Abgeordneten Engelsberger in seiner Bundestagsrede vom 10. 12. 1981. Beifällig referierte er einen in München gehaltenen Vortrag des sowjetischen Umweltministers Jurij Israel: „Von Reaktorunfällen wisse er nichts . . . Die sowjetischen Kernkraftwerke seien hundertprozentig sicher.“ Einem sozialdemokratischen Zwischenruf „Und das glauben Sie?“ widersprach er nicht; einen ironischen Zwischenruf des SPD-Abgeordneten Catenhusen bestätigte er: „Hier wären die Russen für uns zum erstenmal Vorbild, Herr Catenhusen.“

Man kann über solche Stilblüten nicht mehr lachen. Ach, es ist so leicht, aber auch so deprimierend, all die ausgeleierte Refrains jener angeblichen Experten, die in Wahrheit Propagandisten und Lobbyisten der Atomkraft waren, wieder in Erinnerung zu rufen, all diese Versicherungen, in Kernkraftwerken könne nichts Ernstliches passieren – hätten sie doch recht gehabt!

Dem Schreiber dieser Zeilen ist das Vergnügen an eigener Rechthaberei vergangen; er muß vielmehr bekennen: War es mir auch – rein intellektuell – seit langem klar, daß der Super-GAU möglich und auf die minimierenden Wahrscheinlichkeitsrechnungen kein Verlaß ist, und habe ich das auch öffentlich geschrieben, so hegte ich doch während der letzten Jahre zunehmend das Gefühl, daß man sich wegen der bestehenden „konventionellen“ Kernkraftwerke keine allzu große Sorge zu machen brauche. Gewiß konnte sich irgendwo in der Welt eine Katastrophe ereignen; daß aber ein Reaktorunglück in der Ukraine selbst uns bedrohen würde, statt so ferne zu bleiben wie Bhopal, überstieg noch vor zwei Wochen sogar die schwärzeste Phantasie vieler Atomkraft-Gegner.

Wie soll man dem Unsäglichen neue Bonmots abgewinnen? Wurde über das „Risiko Kernenergie“ nicht längst alles gesagt, ja zum hundertsten und aberhundertsten Mal gesagt? Aber in dem kolos-

salen Wust der Bedenken hatte das meiste doch etwas Papierenes, Hypothetisches behalten; es fehlte die Qualität der faktischen Erfahrung. Ist diese Erfahrung jetzt vorhanden, oder ist das Grauen über Tschernobyl nur eine von vielen bald wieder abflauenden Sensationen, zumal die Folgen erst in Jahrzehnten zutage treten werden?

Ein Standardwerk der 60er Jahre über „Vorkommnisse und Strahlenunfälle in kerntechnischen Anlagen“ bemerkt zu dem heute längst vergessenen Unglück in dem Siedewasserreaktor Idaho Falls (1961), das drei Menschenleben forderte: „Leider ist es psychologisch fast unmöglich, den einzelnen dazu zu bewegen, von irgendeinem Unglück Schlüsse für seinen Arbeitsbereich zu ziehen. Stets nimmt er an, daß ein Unglück ähnlicher Art ihn niemals treffen wird. Man plant meist nur, wenn eigene Erfahrung dazu zwingt.“

Der Autor jenes Buches dokumentierte zugleich seine eigene Unfähigkeit zu solchem Lernen; denn er bejubelte den absurd überstürzten Brüterbau des „Enrico Fermi“, der zur selben Zeit, als das Buch herauskam (1966), in einem Super-GAU zugrunde ging und damit zugleich aus der offiziellen Atomgeschichte verschwand. Auch Tschernobyl könnte wieder verschwinden: wenn man mit dieser Erfahrung nichts anzufangen weiß.

Seveso, Harrisburg, Bhopal – wer erinnert sich noch auf Anheb genau, wann das war, und wer kann sagen, was daraus gelernt wurde? Welcher Student der Geschichte weiß, daß 1921 bei einer Explosion im Ludwigshafener BASF-Werk 561 Menschen ums Leben kamen? Ohne es zu wollen, trotz Hiroshima und Auschwitz, stecken wir noch tief in einem von dem Glauben an den technologischen Fortschritt geprägten Geschichtsbild; deshalb sind die Katastrophen so schwer historisch zu lokalisieren und geraten so leicht aus dem Gedächtnis. Nur ein anderes Geschichts- und Zukunftsbild könnte gewährleisten, daß Tschernobyl wirklich zu einer Erfahrung im vollen Sinne wird.

Selbst manche linken Kritiker ver-smochten in den 70er Jahren die Atomenergie-Historie nur als Fortschritt zu schildern: als Fortschritt der Produktivkraftentwicklung, versteht sich, im Dienst des Kapitals. Die wirkliche Geschichte der Atomkraft ist anders: Es ist auch eine Geschichte von Rückschritten, von verdrängten Alternativen, von der blinden Macht der Fakten, von dem Trägheitsgesetz der irgendwann und halbzufällig in der Frühzeit dieser Technologie getroffenen Entscheidungen. Die von Systemtheoretikern konstruierten Entscheidungs- und Steuerungsprozesse sucht man in der Geschichte meist vergebens; und auch die Geschichte der Kerntechnik folgte nicht ihrer

eigenen Sachlogik, sondern hatte ihren vollen Anteil an den Konfusionen der Geschichte.

Für welche Ziele und Vorteile haben wir uns auf das Risiko der Atomtechnik eingelassen? Es ist merkwürdig schwer zu bestimmen, was die bundesdeutsche Atompolitik für eine Art von Politik war. Sie begann als ein Mischmasch von Europapolitik, Wirtschaftspolitik, von Prestige-, Publicity- und Exportimagepolitik.

Der Mythos vom kommenden „Atomzeitalter“ war die große Integrationsideologie der 50er Jahre, als sich selbst Ernst Bloch, der Philosoph des emanzipatorischen Hoffens, dafür begeisterte, mit der Kraft des Atoms „Grönland und die Antarktis zur Riviera zu verwandeln“. Im Vergleich dazu gehörte der erste bundesdeutsche Atomminister, Franz Josef Strauß, eher zu den Skeptikern. Für den kommenden Verteidigungsminister war die atomare Option nicht zuletzt ein Mittel, um die nukleare Mitsprache der Bundesrepublik in der Nato durchzusetzen.

Gewiß ist aber, daß die Atompolitik bis in die 70er Jahre eines nicht war: Sie war keine Energiepolitik. In einer Zeit der Kohlekrise begonnen, mußte sie lange geflissentlich auch nur den Anschein vermeiden, Energiepolitik zu sein. Nur mit großer Mühe konnte Bonn in den 60er Jahren die Energieversorgungsunternehmen dazu bewegen, Aufträge für Kernkraftwerke zu erteilen. Die treibende Kraft lag dabei mehr innerhalb der Ministerialbürokratie als bei den verantwortlichen Politikern. Von Ministerialbeamten wurde die Finanzierung des ersten deutschen Demonstrations-Kernkraftwerkes ausgehandelt; der Atomminister Balke erklärte derweil den Parlamentariern, ein Bedürfnis nach Kernenergie möge es allenfalls „in der Arktis, in der Antarktis oder auf den ozeanischen Inseln“ geben.

Da ein echtes wirtschaftliches Interesse an Kernenergie nicht bestand, war die Bonner Reaktorsicherheits-Kommission der Wirtschaft gegenüber in einer taktisch mißlichen Situation. Schon bei dem Bau des ersten Atomkraftwerks (Kahl am Main) bürgerte sich bei Erbauern und Betreibern der Stil ein, mit den Bonner Sicherheitsexperten naßforsch umzuspringen, nämlich sie zunächst mit vollendeten Fakten zu überfahren und ihnen anschließend, wenn sie aufzumucken wagten, mit Beschwerden an höherer Stelle zu drohen. Den Sachverständigen blieb nur die Feststellung, Kahl sei „ohne Genehmigung errichtet“ und habe obendrein den „größten Bevölkerungsfaktor“ (Bevölkerungsdichte im Umkreis) „aller Siedewasserreaktoren in der Welt“. So sah der erste Superlativ des deutschen Reaktorbaus aus.

1965 gab es in Kahl einen Störfall, der nie an die Öffentlichkeit drang: Ein

Regelstab verklebte sich und drohte herauszufallen. Ein Ministerialbeamter stellte fest, die „Störung“ hätte einen „größeren Unfall“ zur Folge haben können, über dessen „Auswirkungen man sich ausschweige“. Auch er machte die möglichen Auswirkungen dieses Störfalls, der sich keine 20 Kilometer Luftlinie vom Frankfurter Ballungsraum entfernt ereignete, nicht aktenkundig.

Was es damit auf sich hatte, wurde aber zwei Jahre später bei Würgassen ausgesprochen. Da findet sich mitten in den Routineberatungen der Reaktorsicherheits-Kommission ein gespenstisch wirkendes Szenarium. Es wird diskutiert, ob in Würgassen ein Auffanggitter für die Eventualität eines Rod-Ejection-Störfalls, einer durch Ausstoßen von Steuerstäben hervorgerufenen Eventualität, zu installieren sei.

Ein Teilnehmer fragt, welche Folgen ein solcher Störfall habe; er wird belehrt, „daß man bis zu 40 Kilometer Abstand mit einer Letaldosis rechnen könne“. Nichts von beschwichtigenden Hinweisen auf Milliardenstel-Wahrscheinlichkeiten. Ein Teilnehmer vertritt vielmehr, ohne daß Widerspruch vermerkt wird, die Auffassung, daß selbst unter normalen Annahmen ein Rod-Ejection-Unfall durchaus möglich ist.

Man traut seinen Augen nicht, wenn man in dem Protokoll gleichwohl liest, daß die Erbauerfirma eine entsprechende Auflage zunächst zu verhindern vermochte; es hieß, ein Auffanggitter sei bei Inspektionen im Wege. Selbst der Leiter des Instituts für Reaktorsicherheit schloß sich dieser Auffassung an. Erst in der darauffolgenden Sitzung bewirkte ein Regierungsdirektor aus dem Düsseldorfer Arbeits- und Sozialministerium, der das Protokoll gelesen hatte, eine Revision dieser Entscheidung. Tschernobyl – in der Bundesrepublik unmöglich? Man kann diesen unfäßlichen Vorgang nicht genug in Erinnerung behalten, um sich gegen die Arroganz der „Experten“ zu immunisieren. Über weite Strecken gibt es noch eine unbekannte Geschichte der Kerntechnik; selbst den Kritikern der 70er Jahre mußte vieles verborgen bleiben.

Natürlich wird nach Tschernobyl wie 1979 nach Harrisburg mit dem Brustton der Überzeugung versichert, das könne in der Bundesrepublik unmöglich passieren. Vielleicht treffen die Beteuerungen sogar zu; ich weiß es nicht. Ich würde gerne jene Lernprozesse, die die Atomindustrie zu einer Verbesserung der Reaktorsicherheit führten, nachvollziehen können; sie werden jedoch nicht offengelegt. In der RWE-Hauptverwaltung wurde 1973 vermerkt, daß eine „ausführliche Darstellung der zunehmenden Verschärfung der Sicherheitskriterien äußerst bedenklich“ erscheine: „Ausführlicher dürfte nur der heutige Stand kommentiert werden, rückblick-

kende Vergleiche müßten global und pauschal gehalten werden.“

Statt dessen wurde von der Kernkraftpropaganda die verlogene Legende gepredigt, in der Bundesrepublik sei die Entwicklung der Kerntechnik von Anfang an mit einem Höchstmaß an Sicherheits- und Verantwortungsbewußtsein betrieben worden. Intern wußte man es besser. 1967 forderte die Zeitschrift „atomwirtschaft“ energisch eine deutsche Reaktorsicherheitsforschung: „Die Zeit, da man sich bei uns weitgehend auf ausländische Arbeiten verlassen konnte, geht zu Ende.“ So war es mit dem angeblichen bundesdeutschen Vorsprung in der Reaktorsicherheitsforschung bestellt – zu einer Zeit, als die Bundesrepublik den Ehrgeiz entwickelte, als erstes Land der Welt Atomkraftwerke in Großstädten zu bauen!

Wenn es in den 70er Jahren in der Reaktorsicherheit doch zu einem Vorsprung vor dem Ausland gekommen sein mag, so ist das nicht zuletzt ein Verdienst der Anti-AKW-Bewegung: Es ist vor allem diese kritische Öffentlichkeit, die die Bundesrepublik einem Land wie der Sowjet-Union voraus hat. Zu Recht kritisiert man heute den Mangel an einem Containment westlichen Stils bei den sowjetischen Reaktoren; aber auch in der Bundesrepublik gab es in den 60er Jahren das Ziel, Kernkraftwerke ohne Containment zu bauen – erst die um 1970 einsetzende Sicherheitsdebatte machte solchen Bestrebungen den Gar aus.

Unter den Experten wurde die Debatte über das „Restrisiko“, den „Super-GAU“, die Ende der 60er Jahre aufkam, bald wieder abgedrosselt. Der Einbruch der Anti-AKW-Bewegung in die Geschichte der Atomkraft war nötig, damit diese Debatte wiederaufgenommen wurde, zuletzt auch unter den Experten. Nur die engagierten Laien waren fähig, jene Angst zu empfinden und zu artikulieren, die – wie wir heute wissen – die angemessene Reaktion auf die Herausforderung durch die Atomkraft ist.

Den Reaktortyp von Tschernobyl, gewiß, gibt es in der Bundesrepublik nicht. Der Druckröhren-Graphitreaktor ist historisch als Kombination von dem einstigen britischen Gas-Graphit- und dem amerikanischen Leichtwassertyp einzuordnen. Aber die Denkweise, die sich auf dem Grund dieses Reaktorkonzepts erkennen läßt, entspricht den gleichen Prinzipien, die die bundesdeutsche Reaktorentwicklung bestimmten: Man wollte einen möglichst konventionellen; „erprobten“ Reaktortyp; auch das Ziel einer hohen Plutoniumsausbeute war der deutschen Reaktorentwicklung nicht fremd.

„Erprobtheit“ wurde immer mehr zum Zauberwort der bundesdeutschen Kernkraft-Erbauer; vermutlich verhält es sich in der konservativen Sowjet-Union nicht anders. Zeitweise erlangte der Sie-

dewasserreaktor einen Vorsprung, weil er als besonders „erprobt“ galt; gerade er stellte sich jedoch schließlich als besonders störanfällig heraus. Die Geschichte dieser „neuen Technologie“ erscheint vom Trägheitsgesetz beherrscht; immer wieder verfiel man auf die Reaktortypen, die am frühesten da waren, und tat andere Konzepte als „Papierreaktoren“ oder „Physikerreaktoren“ ab.

Ist es vor allem dies, was man falsch gemacht hat? Sollte man sich wieder an jene verschmähten und vergessenen Reaktor-Exoten erinnern, denen eine höhere „inhärente Sicherheit“ als dem Leichtwasserreaktor zugeschrieben wurde: an den Thorium-Hochtemperatur-Reaktor, der schon seit langem weder leben noch sterben kann; an den schwedischen PIUS-Typ (Process Inherent Ultimately Safe) oder gar an den Salzschmelzenbrüter, die Lieblingsidee des amerikanischen Atomrakets Alvin Weinberg? Oder an das immer wieder totgeschwiegene Konzept der unterirdischen Reaktorbauweise? Noch vor einigen Jahren neigte ich dieser Auffassung zu; jetzt frage ich mich, ob die „inhärente Sicherheit“ bei Reaktoren nicht ein Phantom ist: ein Wunschtraum, der in Krisensituationen immer wieder vorgegaukelt, aber nie ernsthaft realisiert wird.

Brüter, Hochtemperatur-Reaktor, Wiederaufarbeitung, die Weiterfinanzierung all dieser Technologien lebt in der Bundesrepublik schon seit langem nur noch vom Trägheitsgesetz; das Bekenntnis zu ihnen ist zu einem hohlen Pflichtritual des atomaren Establishments geworden. „Denn hat ein Mann zu einem Wege sich entschlossen, dann muß er ihn auch bis zu Ende gehn“, so flachste der Kabarettist Dieter Hildebrandt – gemeint war Adolf Hitler; nichts anderes als diese kernige Männermoral, die in Zwanghaftigkeit und Angst vor Enthüllung eigener Schwächen wurzelt, ist der tiefste Grund der gegenwärtigen Atompolitik. Die Groteske wird dadurch vollkommen, daß die regierenden Politiker sich als letzte Mohikaner einer Entwicklung aufführen müssen, die sich ohne klaren politischen Entscheidungsprozeß vollzogen hat.

Tschernobyl verlangt nach einer neuen politischen Moral, die aus der Einsicht hervorgeht, daß sich „Mut“ und „Leistung“ im Anblick der nuklearen Trägheitsgesetze nicht im Weitermachen und „Durchziehen“, sondern im Stoppen, im Abbrechen, im Offenbaren der eigenen Unsicherheit beweisen. Dies sind die Tugenden, die für unser Land lebenswichtig geworden sind, nicht nur in der Atompolitik.

SPIEGEL Essay
